



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der wissenschaftlichen Einrichtungen

Wissenschaftliche Hochschulen

Wissenschaftsrat

Tübingen, 1960

2. Die deutsche Universität im 19. und 20. Jahrhundert

urn:nbn:de:hbz:466:1-8275

I. 2. Die deutsche Universität im 19. und 20. Jahrhundert

Die von Humboldt und seinen Zeitgenossen entworfene deutsche Universität hat eineinhalb Jahrhunderte einer tief eingreifenden wissenschaftlichen, politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung erlebt. Im 19. Jahrhundert wird die wissenschaftliche Tätigkeit ständig umfassender und differenzierter. Dies gilt von den sich auffächernden Geisteswissenschaften nicht weniger als von den reinen und angewandten Naturwissenschaften.

Kostspielige
Forschung

In weiten Bereichen der Naturwissenschaften, der Medizin und der Technik ist wissenschaftliche Arbeit davon abhängig geworden, daß ein kostspieliger Apparat von Maschinen, Instrumenten und besonderen Einrichtungen und ein dafür geschulter Mitarbeiterstab zur Verfügung stehen. Zur Pflege der wissenschaftlichen Forschung bedarf es daher viel größerer finanzieller Mittel als vor einem halben Jahrhundert. Gelegentlich sind die Aufwendungen so groß, daß mehrere Staaten ihre Anstrengungen vereinigen müssen, um die entsprechenden Einrichtungen zu schaffen. Als Beispiel sei auf das Europäische Kernforschungszentrum in Genf hingewiesen.

Werden der Wissenschaft die erforderlichen, zum Teil sehr hohen Beträge nicht zur Verfügung gestellt, so muß sie verkümmern.

Gestiegener
Bedarf an
Akademikern

Die Möglichkeiten der Wissensmehrung und der Wissensanwendung befinden sich in schneller Entfaltung. Die politische und ökonomische Bedeutung der Wissenschaft nimmt zu. Überall werden die Ergebnisse der Forschung gefordert und angewandt. Der Bedarf an wissenschaftlich ausgebildeten Menschen steigt immer weiter. So haben die Niederlande heute 35 000 Studenten, aber die niederländischen Behörden rechnen damit, daß die Zahl bis 1965 auf über 50 000 ansteigt, ohne daß die Gefahr eines akademischen Proletariats befürchtet wird. In Frankreich erwartet man eine Verdoppelung der Studentenzahl (von 190 000 auf 380 000) im selben Zeitabschnitt. Auch in England sind die Studentenzahlen gegenüber der Vorkriegszeit erheblich gestiegen. Das University Grants Committee rechnet mit einem weiteren Ansteigen von 103 000 im Jahre 1958 auf 172 000 bis spätestens 1970. In der Bundesrepublik, die 1951 bereits ebensoviele Studenten hatte wie das Deutsche Reich im Jahre 1928 (111 000), ist neuestens die Zahl von 200 000 Studenten überschritten worden; auch diese Zahl wird sich noch beträchtlich erhöhen.

Vor hundert Jahren konnten sich die wissenschaftlichen Hochschulen im wesentlichen noch darauf beschränken, den Nachwuchs für die verschiedenen Zweige der Staatsverwaltung, für die Kirchen und für den ärztlichen Beruf auszubilden. In unserem Jahrhundert fällt ihnen die Aufgabe zu, in zahlreichen besonderen Ausbildungsgängen nicht nur den Nachwuchs für die angewachsene Staats-, Gemeinde-, Sozial- und Verbandsverwaltung, sondern auch für die vielen wissenschaftlichen Berufe in der Wirtschaft vorzubereiten, deren diese bedarf. Heute entscheiden Stand und Leistungsfähigkeit der Wissenschaften weitgehend über die politische und wirtschaftliche Existenz von Nationen und Kulturkreisen.

Die veränderten Verhältnisse zeigen sich vor allem in der außerordentlich gestiegenen Nachfrage nach Mathematikern, Naturwissenschaftlern und Ingenieurwissenschaftlern. Daneben werden aber auch wissenschaftlich ausgebildete Wirtschaftler und — angesichts des Rechtsstaatscharakters unseres Staatswesens — Juristen in steigendem Maße benötigt. Dies alles setzt eine Erweiterung des höheren Schulwesens voraus; damit werden auch immer mehr wissenschaftlich ausgebildete Lehrer erforderlich. Der größere Bedarf an Akademikern besteht daher fast gleichmäßig in den verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen.

Aber nicht nur an den größeren Lehraufgaben zeigt sich, daß die moderne Gesellschaft mehr als früher auf die Ergebnisse der Wissenschaft angewiesen ist. In einem viel stärkeren Maße als früher werden die an den Hochschulen wirkenden Gelehrten zu beratender Tätigkeit in der Verwaltung und der Wirtschaft herangezogen und dadurch mit zusätzlichen Aufgaben betraut.

Auch die fortschreitende Demokratisierung der Gesellschaft in unserer Zeit hat die Stellung der Hochschulen verändert. Es ist ein anerkannter Grundsatz des Sozialstaates der Gegenwart, daß jedem seiner Begabung nach Geeigneten der Weg zur vollen wissenschaftlichen Ausbildung offenstehen muß. Diesem Ziel dienen in allen Kulturstaaten ein kräftiger Ausbau des höheren Schulwesens und der Fachschulen, die Förderung des sogenannten zweiten Bildungsweges, der außerhalb der höheren Schule an die wissenschaftliche Hochschule führt, und ein breites Stipendienwesen unter sozialen Gesichtspunkten.

Demokratisierung des
Bildungssystems

Diese Einrichtungen des modernen Staates entsprechen einem starken Bildungsstreben immer breiterer Volksschichten, die im Besuch der höheren Schule und der wissenschaftlichen Hochschule ein Mittel des menschlichen und sozialen Aufstiegs

sehen. Dies zeigt sich deutlich in der steigenden Zahl der Absolventen der höheren Schule. Während beispielsweise im Deutschen Reich 1911 1,3 % der Geborenen eines Jahres das Abitur ablegten, waren es 1959 in der Bundesrepublik 5,1 %.

Die Hochschule muß diesem Streben gerecht werden und eine viel größere Zahl junger Menschen aufnehmen. Diese Aufgabe erweitert sich noch, weil auch die sogenannten Entwicklungsländer in steigendem Maße wissenschaftlich ausgebildete Kräfte benötigen, ihren Nachwuchskräften die Chance einer wissenschaftlichen Ausbildung geben wollen und mangels eigener wissenschaftlicher Bildungsanstalten einstweilen noch vielfach darauf angewiesen sind, ihren Nachwuchs auf amerikanischen und europäischen Hochschulen ausbilden zu lassen.

Die deutschen Universitäten und Technischen Hochschulen sind von der dargestellten allgemeinen Entwicklung deshalb besonders stark betroffen, weil die Vereinigung beider Funktionen der Wissenschaft, der Forschung und der Lehre, sie so prinzipiell bestimmt. Die Hochschulen in der Bundesrepublik tragen zu einem großen Teil die Forschung des Landes. Sie haben es also sowohl mit den Problemen der Forschungsorganisation wie mit denen der Bildung und Ausbildung zu tun; sie müssen in gleicher Weise dem vervielfachten Aufwand an wissenschaftlicher Apparatur und Methode, den praktischen Erfordernissen der Wirtschaft und Technik, der viel größeren Anzahl und den veränderten geistigen Voraussetzungen der Studenten gerecht werden.

Freiheit wissen-
schaftlicher
Forschung

Auch die Hochschulen der Bundesrepublik befinden sich im Spannungsfeld der heutigen weltpolitischen Gegensätze. Sie müssen gegenüber totalitären Bildungs- und Wissenschaftssystemen ein Beispiel für den Wert und die Möglichkeiten freier wissenschaftlicher Arbeit und Ausbildung auf allen Gebieten geben. In totalitären Staaten wird die Wissenschaft als wirtschaftliche und politische Potenz großzügig gefördert, aber vielfach auch gelenkt, indem der Staat versucht, sie auf ihm unmittelbar dienende Zwecke zu konzentrieren. Selbst in den Ländern, die sich zu dem Ideal freier Wissenschaft bekennen, wächst die Gefahr, wissenschaftliche Arbeit ihr fremden Zwecken zu unterwerfen, anstatt sie der reinen Erkenntnis dienen zu lassen. Um so mehr muß man bei allen Maßnahmen, die zur Förderung von Forschung und Lehre ergriffen werden, Lösungen anstreben, die ihrer freien Entwicklung breiten Raum geben.